



Welche Medikamente sie ihren Patienten verschreiben: Informationen darüber sollen 350 österreichische Mediziner verkauft haben. Foto: Keystone

Ärzte nach Datenhandel am Pranger

Hauptverband, Ärztekammer und Gesundheitsministerium drohen Ärzten, die Patientendaten verkauften, Konsequenzen an.

Wien – Etwa 350 Ärzte aus allen Bundesländern verkaufen Informationen über Medikationsverschreibungen ihrer Patienten an das Marktforschungsunternehmen IMS Health, wurde am Montag bekannt. 432 Euro pro Jahr erhalten die Mediziner für die laut Unternehmen zwar verschlüsselten, aber doch nach Alter und Geschlecht der Patienten differenzierten Daten. Nun könnten den österreichischen Ärzten, die am sensiblen Handel teilgenommen haben, schwerwiegende Konsequenzen dro-

hen. Von der Kündigung der Kassenverträge (so wollen es der Hauptverband der Sozialversicherungsträger und das Gesundheitsministerium) bis zum Entzug der Berufsberechtigung (Wiener Ärztekammer) könnten die Maßnahmen reichen. Auch Artur Wechselberger, Präsident der Österreichischen Ärztekammer, wünscht sich „Konsequenzen“. Nämlich dann, wenn sich herausstellt, dass die Mediziner „nicht rechtskonform“ gehandelt haben. Die Ärztekammer ist derzeit auf der Suche nach den „schwarzen Schafen“ in ihrem Berufsstand. Auch mit der Firma IMS ist man in Kontakt, um die Namen der

Ärzte herauszufinden. Die Kammer betont außerdem, dass sie ihre 15.000 Mitglieder bereits vor über einem Jahr vor der Weitergabe von Verschreibungsdaten an Unternehmen gewarnt habe. Im Mai 2012 übermittelte auch die Tiroler Ärztekammer ein Schreiben einer Softwarefirma, die sich für Patientendaten interessierte, samt Anzeige an die Datenschutzkommission in Wien. Diese stellte dann fest, dass eine Datenübermittlung nur dann rechtskonform sei, wenn eine vollständige Anonymisierung sichergestellt werde. Ob das im aktuellen Datenskanal der Fall war, wird derzeit noch untersucht.

Tätig werden will dann auch der Hauptverband der Sozialversicherungsträger. Obmann Hans Jörg Schelling will prüfen lassen, ob auch Vertragskündigungen bei Kassenärzten möglich sind, wie er im Ö1-Mittagsjournal erklärte. Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ) pocht auf die ärztliche Schweigepflicht. Die gelte für alle Daten, die ein Arzt über seine Patienten erlangt, eine Weitergabe sei nur mit dessen ausdrücklicher Zustimmung erlaubt. Bei einem Fehlverhalten der Mediziner ist auch der Minister für eine Vertragskündigung.



„Gesundheitsdaten in privater Hand dürfen keine Handelsware sein.“

Alois Stöger (Gesundheitsminister, SPÖ) Foto: APA/Gindl

Auch die ARGE Daten über Kritik, allerdings an Gesundheitsminister Stöger. Dieser habe eine höchst problematische Verordnung zur Gesundheitsdokumentation zur Begutachtung verschickt, hinter der sich – amtlich angeordnet – genau das verstecke, was die Hausärzte kommerziell betrieben hätten. Stöger wies das zurück. Der Unterschied sei, dass es für die Dokumentation eine gesetzliche Grundlage gebe. (APA, ritz)

Mindestsicherungs-Kritik der ÖVP löst Sozialdebatte aus

BZÖ und FPÖ üben wie ÖVP Kritik an der Mindestsicherung. SPÖ ortet „schwarzen Brachialwahlkampf“ gegen die sozial Schwachen.

Wien – Am Montag kritisierte die Armutskonferenz die Tatsache, dass nur die Hälfte aller Anspruchsberechtigten auch eine Mindestsicherung erhalten. Vor allem in den Bundesländern gibt es hierbei (Quelle Statistik Austria) gravierende Defizite gegenüber Wien. Am Tag danach machte die ÖVP die Mindestsicherung erneut zum Thema, setzte dabei aber einen völlig anderen Schwerpunkt in ihrer Kritik. ÖAAB-Obfrau und Innenministerin Johanna Mikl-Leitner beklagte bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Sozialrechtler Wolfgang Mazal die Vergabe der Mindestsicherung in Wien. Die Volkspartei bekenne sich zwar zum Sozialnetz und zur Mindestsicherung. Diese Unterstützung sei aber nur auf Zeit gedacht und nicht dazu da, dass die Menschen vom Sozialstaat abhängig gemacht werden, so Mikl-Leitner. Die ÖAAB-Obfrau ortet hier Mängel in der Bundeshauptstadt, denn 60 Prozent aller Mindestsicherungsbezieher leben in Wien, und sie beziehen die Sozialhilfe auch viel länger als die Betroffenen in den anderen Bundesländern.

So würden in Wien 70,4 Prozent die Mindestsicherung sieben bis zwölf Monate beziehen, in Tirol seien es dagegen nur 36,8 Prozent.

Die ÖVP führe einen „Brachialwahlkampf auf Kosten der Ärmsten und Schwächsten“, kritisierte der Wiener SPÖ-LandesparteiSekretär Christian Deutsch. Dass Mikl-Leitner „das Feindbild vom Sozialschmarotzer an die Wand malt, passt zu den ÖVP-Forderungen nach einer neoliberalen ‚Entfesselung der Wirtschaft‘, dem 12-Stunden-Arbeitstag und der Anhebung des Frauenpensionsalters“, so Deutsch.

Für die FPÖ hingegen ist die von der ÖVP geäußerte Kri-



Vor allem Alleinerzieherinnen sind immer wieder auf Mindestsicherung angewiesen. Foto: Keystone

Korrekturen im Vollzug

Innsbruck – „Ich glaube nicht, dass es bei der Mindestsicherung eine Gesetzesnovelle braucht, es handelt sich vielmehr um ein Problem beim Vollzug.“ Mit diesen Worten reagierte die fürs Sozialressort zuständige Tiroler Landesrätin Christine Baur (Grüne) auf die Kritik an der Regelung. Laut Armutskonferenz erhält knapp die Hälfte der Anspruchsberechtigten eine Mindestsicherung. In Tirol bekommen nur 35 Prozent der Berechtigten die Mindestsicherung.

Baur hat es sich nun zur Aufgabe gesetzt, für Tirol „klare Richtlinien zu erarbeiten.“



LR Baur will in Tirol neue Richtlinien beim Vollzug der Mindestsicherung erarbeiten. Foto: Rottensteiner

arbeiten“. Denn es könne nicht sein, so Baur gegenüber der *Tiroler Tageszeitung*, dass „ein Großteil der Anspruchsberechtigten – aus welchem Grund auch immer – die Mindestsicherung nicht bekommt“. Die Landesrätin glaubt, dass es neben der Scham bei den Antragstellern auch einen Mangel an Information über die Sozialleistung gibt. Hier will sie ansetzen. Es geht aber auch um eine „Wertschätzung des Personals in den Sozialabteilungen. Hier geht es um Schulung, aber auch um Hilfe, etwa von Supervision, für die Mitarbeiter“, sagt Baur. Sie will bis 2014 auch eine klare Anleitung für den Vollzug erstellt haben, damit „es auch zwischen den einzelnen Bezirkshauptmannschaften keine Unterschiede gibt“. (misp)

tik an der Mindestsicherung „nicht ganz nachvollziehbar“, habe doch die ÖVP selbst diesem „verunglückten Selbstbedienungsladen für Migranten

zugestimmt“, meldete sich auch FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl zu Wort.

BZÖ-Chef Josef Bucher sprach sich wiederum dafür

aus, die Mindestsicherung gegen ein „leistungsorientiertes Bürgergeld“, für das man Sozialdienste verrichten muss, zu tauschen. (TT)



In diesem Haus in Graz ereignete sich das Familiendrama. Mann wurde nach Messerattacke notoperiert. Foto: APA

Mutter stach zu, weil Vater auf Baby losging

Graz – Ein 24-jähriger Vater soll am Montag in Graz mit einem Messer auf sein eigenes Baby losgegangen sein. Die 28-jährige Mutter wehrte die Attacke ab, entriss dem Mann die Waffe und stach mehrmals auf ihn ein. Dabei erlitt der Ehemann lebensbedrohliche Verletzungen. Der

amtsbekannte Nigerianer wurde notoperiert und war am Dienstag außer Lebensgefahr. Das Paar, die Mutter stammt aus der Mongolei, hat vor knapp zwei Jahren einen Asylantrag gestellt. Mehrere Hinweise deuten auf eine gewaltbelastete Beziehung hin. (APA)

Anklage gegen Sundt und Huber

Wien – Nun ist auch die Anklage im Verfahren „Telekom V“ fix. Dabei geht es um ein umstrittenes Immobiliengeschäft im ersten Wiener Bezirk (Causa Schillerplatz). Der Vorwurf der Anklage: Die Telekom Austria habe 2006 zwei Etagen ihres Palais mit 5,4 Mio. Euro deutlich unter Wert an die Gesellschaft Schillerplatz 4 Projektentwicklungs GmbH (SP4) veräußert, welche die Anklage dem früheren ÖBB-Chef Huber und seiner Ehefrau zurechnet. Die Immobilie wurde im darauf folgenden Jahr an die Seeste Bau AG – einen engen Geschäftspartner der ÖBB und Großinvestor am Wiener Hauptbahnhof – mit einem sauberen Gewinn verkauft. Die Seeste Bau AG berappte knapp elf Mio. Euro.

Die Anklage gegen insgesamt sieben Personen ist nun rechtskräftig. Angeklagt sind unter anderem Ex-ÖBB-Chef Martin Huber, dessen Ehefrau Barbara, Ex-Telekom-Austria-Generaldirektor Heinz Sundt und Ex-Telekom-Finanzvorstand Stefano Colombo.

Die Staatsanwaltschaft bezichtigt Sundt und Colombo der Untreue, weil sie mit dem Verkauf der Immobilie die Telekom Austria wissentlich unter Missbrauch ihrer Befugnis mit Millionen an Vermögen geschädigt haben sollen. Dem Ehepaar Huber wird Beihilfe zur Untreue angekreidet.

Ein Termin für den Prozessauftakt unter der Leitung von Richterin Claudia Moravec-Loidolt steht laut Auskunft des Gerichts aber noch nicht fest. (APA, TT)